

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Münchnerinnen und Münchner,

ich begrüße Euch hier im Namen von #unkürzbar München zu unserer Kundgebung: „Alle gemeinsam gegen Sparhaushalte und Kürzungen in Bund, Ländern und Kommunen!“ Schön, dass Ihr alle gekommen seid! Trotz des Warnstreiks der Kolleg:innen der MVG – wir sind selbstverständlich solidarisch mit den streikenden Kolleg:innen, sie streiken ja u.a. für eine Arbeitszeitverkürzung – damit kämpfen sie für uns alle, gegen den Willen der Bundesregierung den 8 Stundentag auszuhöhlen!!

Wir versammeln uns hier eine Woche vor den Kommunalwahlen – und erleben,

- dass: in München – eine der reichsten Städte in Deutschland – ein Sparhaushalt beschlossen wird, der den sozialen und kulturellen Bereich besonders hart trifft;
- dass: Ministerpräsident Söder – in einem der reichsten Bundesländer – die Zuschüsse für Familien zusammenstreicht!
- dass: die Merz-Regierung bald jeden Tagen mit neuen Horrormeldungen gegen lang erkämpfte Errungenschaften daherkommt: seien es der 8-Stundentag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Rente, das Bürgergeld, um nur einiges zu nennen... und der neueste Coup von Innenminister Dobrindt trifft natürlich wieder die am wenigsten geschützten Teile unserer Gesellschaft: er will die Integrationskurse für Asylbewerber:innen massiv einschränken!

Allesamt Angriffe auf unsere Arbeits- und Existenzbedingungen! Und dabei wird es nicht bleiben – weitere werden folgen!

Genau diese Politik schafft erst die Grundlage für den zunehmenden Rechts-rutsch in unserer Gesellschaft und macht nicht nur die AfD wieder salonfähig.

Umso wichtiger ist es, Widerstand dagegen aufzubauen!

Ich selber bin aktives Mitglied bei ver.di und denke - hier sind vor allem die Gewerkschaften gefordert!

Deswegen begrüßen wir auch die Initiative des DGB-Bayern eine Sozialstaatskonferenz – um die Punkte Rente, Erhalt des 8-Stundentages, Gesundheitsversorgung und Pflege –, am 26. März zu organisieren.

Konferenzen sind wichtig, aber was wir brauchen sind massive öffentliche Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks bis hin zum politischen Streik gegen das Horrorprogramm der Regierungen in Bund, Ländern und Kommunen – nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Republik!

Auf den angekündigten Sozialstaats-Konferenzen dürfen deswegen nicht nur die sogenannten Reformen geschildert werden, sondern muss auch der Zusammenhang zur gesamten Politik der Bundesregierung gezogen werden:

In einem lange nicht dagewesenen Dreiklang betonen Merz, Arbeit“geber“-verbände und konzernnahe Wirtschaftsinstitute immer wieder, dass „wir“ uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können! Genauer gesagt: nicht mehr leisten wollen!

Deutschland befindet sich im dritten Jahr einer tiefgehenden Wirtschaftskrise und muss wie es Merz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ausgedrückt hat „wieder wettbewerbsfähig werden... Und wir müssen lernen uns zu verteidigen. Wirtschaftliche Stärke und Verteidigungsfähigkeit bedingen einander!“

Oder anders ausgedrückt, damit die EU und Deutschland als ihre führende Wirtschaftsnation wieder auf Weltebene im Wettstreit um Ressourcen, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte mithalten können - auch mithilfe von Kriegen!

Dafür

- werden die Konzerne mit Milliardenbeträgen entlastet!
- und dafür wird die Bundeswehr wieder massiv aufgerüstet: 5 % des Bruttoinlandproduktes – das sind rund 50 % des Bundeshaushaltes!!! - sollen in den nächsten Jahren für die Aufrüstung ausgegeben werden.

Gleichzeitig wird für die Jugend wieder die Wehrpflicht eingeführt, um für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den Krieg ziehen zu dürfen!

Dazu können wir nur NEIN sagen!

- Was wir brauchen sind Milliardeninvestitionen in den sozialen, kulturellen, Gesundheits-, Bildungsbereich und zur Integration von Geflüchteten statt massive Unternehmerentlastungen und Aufrüstung
- Und das ist möglich: durch eine höhere Besteuerung der Konzerne, der Rüstungsindustrie und Milliardäre!
- Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde jährlich über 147 Mrd. Euro einbringen!

Wir müssen uns für den Aufbau eines wirkungsvollen Widerstands einsetzen!

Und dafür brauchen wir endlich die Entscheidung der Gewerkschaftsverantwortlichen, diesen Widerstand aufzubauen

- gegen die Abwälzung der Krise auf uns,

- gegen die massive Aufrüstung

und den damit einhergehenden Angriffen auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen! Statt Sozialpartnerschaft und Unterordnung unter die Politik der Regierung und Konzerninteressen!

Schließen wir uns dafür zusammen! Wie heißt es so schön: Wer kämpft, kann verlieren – wer nicht kämpft hat schon verloren!